



CDU-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt  
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN im Rat  
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im  
Rat der Stadt  
Wuppertal



Fraktion DIE LINKE. im  
Rat der Stadt Wuppertal



Wählergemeinschaft  
für Wuppertal  
WfW-Fraktion  
im  
Rat der Stadt  
Wuppertal

**An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal  
Herrn Peter Jung  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275**

**Gemeinsamer Antrag**

Datum 07.11.2013

**Drucks. Nr. VO/1078/13**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>13.11.2013</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>18.11.2013</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

## **Resolution – Beibehaltung der Option des Integrationsausschusses in §27 GO NRW**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an die Landesregierung und den Landtag, bei der Beschlussfassung über eine Novellierung des §27 GO NRW „Gesetz zur Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden“ weiterhin die Option der Bildung eines „Integrationsausschusses“ beizubehalten.

### **Begründung:**

Bisher bot der §27 GO NRW die Möglichkeit, neben dem „Grundmodell“ des Integrationsrates auch auf Beschluss des Rates einen Integrationsausschuss zu bilden. 16 Städte in NRW, darunter auch die Stadt Wuppertal, haben sich zurzeit für die Bildung eines solchen Integrationsausschusses entschieden. In diesem beraten direkt gewählte Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter, die von WuppertalerInnen gewählt wurden, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder diese erst vor kurzem erworben haben und vom Rat bestellte Stadtverordnete gemeinsam, so dass die Belange und Anliegen der Migrantinnen und Migrantinnen in Wuppertal auch zum Thema in der Kommunalpolitik werden.

Bewusst hat sich die Stadt Wuppertal für diese Möglichkeit entschieden, denn der Status des Ausschusses gibt dem Gremium ein höheres Gewicht. Eine formale „Rückstufung“ des Integrationsausschusses zum Integrationsrat hätte in der Außenwirkung fatale Folgen. Zudem hat auch der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen empfohlen, die Möglichkeit des Integrationsausschusses zur Beibehaltung eines größeren kommunalen Gestaltungsspielraumes weiterhin einzuräumen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ratsmitgliedern und den direkt gewählten Migrantinnenvertreterinnen und -vertretern verläuft sehr erfolgreich. Die Ratsmitglieder nehmen die Themen des Integrationsausschusses mit in ihre Fraktionen und lassen sie in ihre

Ratsarbeit einfließen. Gleichzeitig erfolgt eine enge Zusammenarbeit des Ausschusses mit dem Ressort Integration und Zuwanderung der Stadtverwaltung. Dieses funktionierende Gremium sollte nicht durch die Herabstufung zum Integrationsrat und die damit einhergehende veränderte Zusammensetzung in seiner erfolgreichen Arbeit behindert werden. Darüber sind sich alle im Integrationsausschuss vertretenen Fraktionen einig.

Die Resolution ist der Landesregierung, dem Vorstand der LAGA und den weiteren 15 Städten mit Integrationsausschüssen (Düsseldorf, Bochum, Krefeld, Remscheid, Düren, Kerpen, Rheda-Wiedenbrück, Gronau, Kleve, Bocholt, Monheim, Niederkassel, Werdohl, Bünde und Werl) zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Michael Müller  
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez.  
Klaus Jürgen Reese  
SPD-Fraktionsvorsitzender

gez.  
Peter Vorsteher  
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

gez.  
Jörn Suika  
FDP-Fraktionsvorsitzender

gez.  
Gerd-Peter Zielezinski  
Fraktionsvorsitzender Die Linke

gez.  
Heribert Stenzel  
WFW-Fraktionsvorsitzender